Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Rinkerle. Druck u. Verlag: Rinkerle & Co. Inh. Fritz Rinkerle. Telegramme: Rinkerle Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 22.

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.40 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 Mk., monatlich 4.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Aufträge Zeitungsträgern und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8abgespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamezeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 300 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler infolge Undeutlichkeit oder nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 303. Freitag, den 31. Dezember 1920. 15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

In der oberschlesischen Abstimmungsfrage ist eine diktatorische Note erlassen worden. Gegen die Note wegen der Auflösung der Sicherheitspolizei hat die deutsche Regierung energisch Protest erhoben.

Die Verminderung der Reichswehr auf 100 000 Mann und 4000 Offiziere wurde gestern vollendet. Da aber etwa 10 000 Fehlstellen in der Reichswehr vorhanden sind, so beträgt ihre Stärke tatsächlich nur 90 000 Mann.

Morning Post läßt sich aus Zürich telegraphieren, Stinnes habe von der Räteregierung ein Monopol für die Elektrisierung der russischen Bahnen erhalten.

Der Sechzehner-Ausschuß der Eisenbahner erläßt eine Erklärung zur Frage des Eisenbahnerstreiks.

Der französische Sozialistenkongreß in Tour beschloß mit Zweidrittel-Mehrheit den Beitritt zur Moskauer Internationale.

Neujahr 1921.

Ein neues Jahr: was wird es bringen? Schicksalsfragen pflegten schon die Altvordern in den ältesten Zeiten an der Schwelle eines neuen Jahres zu stellen. Wir haben die Gewohnheit des Abschiednehmens und Sichrüstens behalten. Als wir als Volk unsere Kräfte frei regen konnten, machten wir an solchen Tagen eine kurze Rechnung auf von dem, was geleistet worden war, und sicher steuerte das deutsche Reichsschiff Jahr für Jahr einem hohen Zielen entgegen. Wir wußten, daß die Zeit mit uns war, wir konnten frohes Neujahr feiern und haben das oft allzu ausgelassen, allzu verschwenderisch getan, ohne immer genügend zu bedenken, daß auch unser Schicksal in der Hand eines Höheren lag. Heute leben wir in einer von Grund auf veränderten Welt, und es sind traurige Gesellen, die trotzdem den Mut haben zu prassen und zu feiern, als hätte sich nichts geändert. Das Schicksal, das uns gefallen, öffnet eine furchtbar ernste Schule, durch die wir hindurch müssen. In unsere Stimmung will keine von den alten Klängen passen. Zwar liegt wieder eine neue Zeitspanne vor uns, die von uns die äußerste Kraftaufwendung zur Selbsterhaltung fordert, aber die Abhängigkeit von dem Unberechenbaren, von der Willkür unserer Feinde und Exekutoren des grausamen Versailler Friedens läßt uns nicht zum Aufatmen und zum Bewußtsein eigenen, freien Willens kommen. Wer will da Neujahr feiern, wer will in dem Dunkel, das sich vor uns ausdehnt das Licht einer besseren Zukunft sehen, wer will prophezeien, daß eine Wende bevorsteht und wir das Elendstal wenigstens zur Hälfte durchschritten haben?

Und dennoch! Wir dürfen nicht undankbar sein und, wieviel Mut auch dazu gehört, Geduld zu üben, wir müssen ihn haben. Das verflossene Jahr hebt sich von seinen Vorgängern doch durch ein gewisses Einbiegen in ruhigere, gesundere Verhältnisse ab. Die Hochflut der Streiks und innerpolitischen Unruhen ist abgebebt. Zwar hat der russische Bolschewismus eine kommunistische Bruderpartei mitten in Deutschland begründen können, aber der von ihm beabsichtigte kriegerische Einbruch in unser Vaterland ist uns erspart geblieben. Hätten unsere Feinde nicht die Entwaffnung uns aufgezwungen, so daß wir wehrlos mitten in Europa allen Zufällen preisgegeben sind, so könnte ein Weg der Befriedigung Europas gefunden werden. So aber ist der Versailler Vertrag das unübersteigliche Hindernis für einen wirklichen Frieden und keine wirtschaftliche Gesundung ist möglich, solange dieser Vertrag, der bestimmt ist, die letzten Kräfte Deutschlands und Mitteleuropas aufzuzehren, unrevidiert bestehen bleibt. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben Gericht geübt über den Wilsonismus, und das kleine griechische Volk hat seinen König zurückgeholt. Die Welt verändert sich ohne Zustimmung des hohen Rats in Paris und gegen seine Absicht. Auch die Nebel der Lüge, die Deutschlands Kriegsschuld geschaffen, werden sich heben müssen. Irlands zerstörte Städte sind ein furchtbares Zeugnis von englischer Kriegsführung. Und was wir in Oberschlesien erlebt haben, zeugt von polnischer Kultur, die unter französischer Ermunterung in immer gewalttätigeren Formen Rechtsbruch auf Rechtsbruch häuft.

Was wird das neue Jahr bringen? Gewaltige Entscheidungen stehen bevor: die Abstimmung in Oberschlesien und die Konferenzen über die Kriegskontribution, die unsere Feinde uns abpressen wollen. Bei wem sollen wir Hilfe suchen? Die Illusion, daß das Ausland uns einen Völkerbund zur Verfügung stellen würde, um billig und gerecht mit uns zu verfahren, hat ausgespielt. Deutschland steht allein und trägt in sich allein die Mittel zu seiner Rettung. In Tacitus Germania steht eine Stelle, in der der große Geschichtsschreiber sagt, die Germanen seien nur sich selbst ähnlich. Waren wir das so oft in der beispiellosen Uneinigkeit, wenn das Schicksal Sein oder Nichtsein von unserer Einigkeit forderte, können wirs nicht auch sein in dem Besten unseres Wesens, nun die Not uns zwingt? Das Jahr 1921 wird die Erinnerung an den großen Mann von Worms bringen, an den Mann des deutschen Gewissens, der sich nicht beugen ließ durch die Mächte dieser Welt. Wenn wir seine Ehrfurcht vor der höheren, ewigen Macht, die über aller Völker Schicksal waltet, wieder lernen wenn wir aus den sittlichen und religiösen Kräften unseres Volkstums wieder den Glauben Martin Luthers uns zueignen, werden wir im Neuen Jahre nicht allein stehen.

Der Weg in die neue Zeit.

Nv. Es ist nur zu verständlich, und man braucht dazu nicht erst besonders gefühlsmäßige Anwandlungen zu bekommen, daß die Erinnerung am Ende eines Kalenderjahres den Weg rückwärts, und die Hoffnung den Weg vorwärts sucht. Freilich bedeutet solch ein Zeitabschnitt, wie es das Kalenderjahr ist, nicht auch einen Abschnitt, der Altes und Neues trennt. Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft fließen auch an der Scheide zwischen altem und neuen Jahr zusammen. Es erscheint aber notwendig, daß man in gewissen Abständen auf den Wegweiser blickt damit man weiß, woher man gekommen ist und wohin die Reise gehen soll. Es tut not, daß wir, schon um uns selbst zu stärken, auch zum Beginn des neuen Jahres nach den Zeichen der neuen Zeit suchen. Von solchen Zeichen gibt es indes nur wenige. Noch immer herrscht eine Epoche, die längst zur Vergangenheit gehören sollte. Der Versailler Vertrag ist das Banner dieser zum Sterben reifen Vergangenheit. Er ist ein Symbol für unsere Zeit. Es hat gewiß in Versailles Ideologen gegeben, die Neues schaffen wollten, und in gewissen Bestimmungen, so in denen über das Arbeitsrecht, ist der Versuch auch über den bloßen Versuch hinausgewachsen. Im übrigen aber braucht man, um mit den Worten der Bibel zu reden, neuen Wein in alte Schläuche gefüllt. Man hat auf ein schlechtes Kleid tausend häßliche Flicken gesetzt und aus Versprechungen und gedankentiefen Reden sind häßliche Fetzen geworden, die das Gesicht der Zeit verunstalten. Die Welt, nicht nur Deutschland, wird erst von Zukunftshoffnungen wieder erfüllt sein wenn dieser Vertrag, der jede Hoffnung schwinden läßt, beseitigt sein wird. Wir predigen keinen Revanchekrieg, weil das einmal ein nutzloses Verbrechen sein würde, und weil die Welt noch dampft vom roten Blut der Schlachtfelder. Wir wollen für die Beseitigung des Versailler Friedens mit anderen Mitteln kämpfen, mit Mitteln, die uns die neue Zeit in die Hand geben soll. Wir wollen überzeugen und nicht vortäuschen. Wir wollen diesen Vertrag erfüllen, soweit wir ihn erfüllen können, dann wird die Welt sich davon überzeugen lassen müssen, daß dieser Vertrag nicht erfüllbar ist. All unser Leid und unsere Sorgen, mit denen wir in das neue Jahr hinübergehen, rühren von diesem Vertrage her. Und auch die Sorgen, die wir im Innern Deutschlands haben, sind nur so groß geworden, weil sie in unmittelbarer Wechselwirkung mit den Bedingungen dieses Vertrages stehen. Das vergangene Jahr hat uns gezeigt, daß eine Hellseherei nicht berechtigt ist. Ebenso unberechtigt aber wäre es, wenn wir jetzt alle Dinge in schwarz sehen wollten. Wir wollen und dürfen nicht verzagen; wir wollen mutig den Weg in die neue Zeit, in das neue Jahr gehen, denn wir lassen die Hoffnung nicht sinken, daß das fünfjährige Blutvergießen doch einen anderen Sinn haben muß als den, der sich im Versailler Vertrag widerspiegelt.

Neuer Notenwechsel mit dem Verband.

Ein Diktat über die Abstimmung in Oberschlesien.

Dem Vorsitzenden der Friedensdelegation in Paris ist folgende vom 27. d. M. datierte Note übermittelt worden: Die Botschafterkonferenz ist davon verständigt worden, daß die deutsche Regierung ablehnt, das von den verbündeten Regierungen angeregte Verfahren bei der Volksabstimmung in Oberschlesien anzunehmen. Die verbündeten Mächte hatten mit ihrem Vorschlage kein anderes Ziel (?) im Auge, als eine Lage zu schaffen, die es gestattet, die Volksbefragung in Ruhe und Ordnung vor sich gehen zu lassen. Um ein so überaus wichtiges Ziel zu erreichen, schien es den verbündeten Regierungen, das Einverständnis der unmittelbar beteiligten Regierungen vorausgesetzt, möglich, den Artikel 88 des Friedensvertrages in dem Sinne auszulegen, von dem die Note vom 30. v. M. sich hatte leiten lassen.

Da diese Lösung von den beteiligten Regierungen nicht angenommen worden ist, sehen sich die verbündeten Mächte genötigt, den Artikel 88 schlechthin zur Anwendung zu bringen. In dem Bestreben jedoch, bei der Volksabstimmung die Ordnung aufrechterhalten zu sehen, für die sie verantwortlich sind, haben sie die Pflicht, die interalliierte Kommission in Oberschlesien zu ermächtigen, Ausführungsbestimmungen zu erlassen, die geeignet erscheinen, die öffentliche Ruhe am wirksamsten zu gewährleisten. Die Botschafterkonferenz hat daher, nachdem sie von den Antworten der deutschen und der polnischen Regierung Kenntnis genommen hat, beschlossen, die Abstimmung der nicht im Abstimmungsgebiete ansässigen Stimmberechtigten später als die Abstimmung der heimischen Stimmberechtigten stattfinden zu lassen und zwar an Terminen und unter Bedingungen, die die interalliierte Kommission festsetzen wird, die alle Befugnisse hat, unmittelbar mit der deutschen Regierung die Frage der Beförderung der Stimmberechtigten zu regeln.

Ich habe die Ehre, Sie namens der Botschafter-Konferenz zu bitten, diesen Beschluß zur Kenntnis Ihrer Regierung zu bringen. Genehmigen usw. gez. Cambon.

*

Also ein Diktat in unverhüllter Form und eine glatte Verletzung der klaren Bestimmungen des Friedensvertrages. Nach den unzweideutigen Aeußerungen der Reichsregierung erscheint es ausgeschlossen, daß Deutschland eine derartige Abstimmung anerkennen kann.

* * *

Ueber die Sicherheitspolizei.

Energische deutsche Antwort.

Der Vorsitzende der interalliierten Militärkontrollkommission General Nollet hat an den Direktor der Friedensabteilung im Auswärtigen Amt am 23. d. M. folgende Note gerichtet: Zwei Monate nach Ablauf der für die Auflösung der Sicherheitspolizei bestimmten Frist ist die interalliierte Militärkontrollkommission noch nicht im Besitz aller Verfügungen, welche die beteiligten Länder des Reiches behufs dieser Auflösung zu erlassen hatten. Außerdem hat sie keine Kenntnis davon erhalten, daß irgend eine Ausführungsmaßnahme zur Anwendung der ihr mitgeteilten Verfügungen getroffen worden wäre. An keiner Stelle des Reiches hat die Kontrolle festgestellt, daß die Auflösung der Sicherheitspolizei durchgeführt oder auch nur im Gange wäre. Sie hat im Gegenteil festgestellt, daß die gegenwärtige Ordnungspolizei nichts anderes ist als die Sicherheitspolizei verstärkt um einen Teil der früheren blauen Polizei, und daß die Stärke der Polizei in Zivilkleidung eine Vermehrung erfahren hat, welche sich nach den Bestimmungen des Artikels 162 des Friedensvertrages nicht rechtfertigen läßt. Die interalliierte Militärkontrollkommission nimmt Akt von der Verletzung des Friedensvertrages und der Note von Boulogne, die sich aus den oben wiedergegebenen Tatsachen ergibt. Sie beehrt sich, das Verlangen zu stellen, daß die Sicherheitspolizei sofort vollständig aufgelöst wird, und daß die Gesamtstärke der Beamten und Angestellten der verschiedenen Arten von Polizei auf das Maß zurückgeführt wird, welches sich aus der Anwendung der Bestimmungen des Friedensvertrages ergibt. Ich bitte außerdem im Anschluß an mein Schreiben vom 17. Oktober Nr. 1176, daß sobald als möglich der Kommission mitgeteilt werde: der Bestand aller Polizeibeamten und Angestellten in Zivil und Uniform, nach Klassen geordnet, der in den verschiedenen Staaten des Reiches einerseits im Budget von 1913 und andererseits im Budget von 1920 vorgesehen ist.

Auf die Note ist vom Auswärtigen Amt folgende Vorantwort am 24. Dezember gegeben worden:

Ich beehre mich, den Empfang der Note vom 23. Dezember Nr. 1266, betreffend die Auflösung der Sicherheitspolizei zu bestätigen. Im Namen der deutschen Regierung protestiere ich gegen die Feststellung, daß Deutschland die Bestimmungen des Vertrages von Versailles und der Note von Boulogne über die Polizei verletzt habe. Die deutsche Regierung erhebt Anspruch auf eine gerechtere Beurteilung. Eine eingehende Beantwortung der Note behalte ich mir vor. Ich bemerke heute nur folgendes:

Die deutsche Regierung hat erst Anfang Oktober nach langwierigen Verhandlungen mit den von Ihnen beauftragten Offizieren Klarheit darüber erhalten, was nach Ansicht der Kontrollkommission zu geschehen hätte, um den Anforderungen der Note von Boulogne zu genügen. Erst dann konnten die grundlegenden Verfügungen erlassen und die Durchführungsbestimmungen ausgearbeitet werden. Die getroffenen Anordnungen entsprechen in jeder Hinsicht dem Friedensvertrag und der Note von Boulogne. Selbstverständlich erfordert die Umbildung eines so großen Beamtenkörpers, wie es die deutsche Polizei ist, eine gewisse Zeit, so daß es nur natürlich ist, wenn das Ergebnis noch nicht überall für die Kontrolle erkennbar wurde. Wie wenig die Behauptung, daß die gegenwärtige Ordnungspolizei nichts anderes als eine noch verstärkte Sicherheitspolizei sei, den Tatsachen gerecht wird, ergibt sich aus der Beunruhigung, welche in der öffentlichen Meinung durch die tiefeingreifenden Reorganisationsmaßnahmen hervorgerufen worden ist. In weiten Kreisen ist die Befürchtung entstanden, daß die Polizei in der neuen veränderten Gestalt ihren Aufgaben nicht gewachsen sein würde. Der Botschafterkonferenz ist eine deutsche Note übermittelt worden, in welcher gegen die Unterstellung protestiert wird, daß Deutschland den Friedensvertrag in der Polizeifrage verletzt habe. Die deutschen Botschafter sind angewiesen worden, die Angelegenheit mündlich mit den Regierungen der Ententeländer zu besprechen.

Kleine politische Meldungen.

80 Milliarden Defizit im Reich. In seinem im Volksverein für das katholische Deutschland in Freiburg gehaltenen Vortrag gab Reichsfinanzminister Dr. Wirth bekannt, daß das Rechnungsjahr 1920 mit einem Fehlbetrag von 80 Milliarden (!) abschließt. Ein neuer Ergänzungsetat mit rund 12 Milliarden werde demnächst dem Reichstag zugehen.

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues. (Amtlich.) In einer Sitzung vom 21. d. M. hatte das Reichskabinett beschlossen, wenn möglich noch im Monat Januar dem Reichstag einen Entwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues vorzulegen. Der Reichswirtschaftsminister war beauftragt worden, den Sozialisierungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates um Beschleunigung seiner Arbeiten zu bitten, damit die Ergebnisse